

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 70 (1978)
Heft: 9

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Ist Ägypten ein Machtfaktor im Nahen Osten?

Es ist geradezu bewundernswert, was Wolfgang Slim Freund auf gut zehn Seiten in seinem prägnanten Beitrag «Ägypten 1978: zwischen Hoffnung und Resignation» an Informationen und Denkanstößen über diesen Nahost-Staat gibt. Ausgangspunkt seines Beitrages in Nummer 7 der «Frankfurter Hefte» ist die im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit stehende Aussenpolitik des ägyptischen Präsidenten. Ist diese Aktivität nun ein Zeichen der Stärke oder der Schwäche? Freund beschäftigt sich vorerst mit der Innenpolitik und gibt hier ein erschütterndes Bild der sozialen Situation. Die Auslandverschuldung betrug bereits 1977 15 Milliarden Dollar, die Inflationsrate erreichte im Zeitraum von 1974 bis 1977 nahezu hundert Prozent bei keiner nennenswerten Einkommensverbesserung der unteren und untersten Schichten der Bevölkerung, die rund achtzig Prozent ausmachen. Höhepunkt der Polarisierung zwischen arm und reich ist die Zehnmillionenstadt Kairo, wo teilweise 12 000 Menschen auf einem Quadratkilometer zusammenleben müssen. Demgegenüber stehen die Luxushotels mit ihrer ganzen «Schickeria», in denen sich eine hauchdünne Oberschicht schamlos auslebt. Jährlich vermehrt sich das Land um rund eine Million Menschen. Die Familienplanung hat in Ägypten vorläufig keine Chance. Das Ideal des Fellachen ist nach wie vor fünf männliche Nachkommen. Er braucht diese als unbezahlte Arbeitskräfte. Die Agrarreform ist gescheitert, und der Fellache bleibt naturgemäss bei den Methoden der Selbsterhaltung, die seit fünf Jahrtausenden sein innerstes Bewusstsein prägen. Der Versuch mit der Pille hat auch im städtischen Bereich vollkommen fehlgeschlagen. «Der für die Frauen damit verbundene Zwang zur zeitlichen Genauigkeit war in einer faktisch 'uhrenlosen' Gesellschaft nicht einzuhalten.» Aus dem Problem der Armut ergibt sich zwangsläufig das Problem der Emigration. Es gibt in Ägypten zwei Arten von Auswanderung:

einerseits die der Intelligenz, die den Drang hat, in die westlichen Industrieländer auszuwandern und andererseits die der manuellen Arbeitskräfte, deren Auswandererzahl in die Hunderttausende geht. Sie strömen in die ölreichen arabischen Nachbarländer, um dort als Gastarbeiter ein hartes, aber vielfach besser bezahltes Dasein zu fristen. So kann ein Gastarbeiter in Saudi-Arabien oder Kuwait nach Abzug aller Lebenshaltungskosten, die er unvorstellbar niedrig zu halten weiss, bis 1500 Mark im Monat auf die Seite legen, während er in Kairo einen Bruchteil davon verdienen würde. Interessant sind auch Freunds Überlegungen zur Aussenpolitik. Langfristig sieht er in Ägypten einen Verbündeten Israels, allerdings vorausgesetzt, dass sich die amerikanische Vormachtsstellung in diesem Raum noch mehr konsolidiert. «Für die Amerikaner ist der Schutz der Ölquellen Saudi-Arabiens, der arabischen Golfstaaten und des Iran das regionalpolitische Anliegen der nächsten fünfundzwanzig Jahre. Diese Ölquellen können gegenüber revolutionären Überraschungen nur gesichert werden, wenn die Armeen örtlicher Staaten bereit und dazu in der Lage sind, diese Sicherung im Ernstfall zu gewährleisten... Die bis an die Zähne bewaffneten Armeen des Iran, Israel und Ägyptens legen einen regelrechten 'cordon protecteur' um alles Öl, das zwischen Sinai und Persischem Golf aus dem Sand quillt. Also kooperieren sie. Auch die plötzliche Ausstattung der ägyptischen Armee mit amerikanischem Waffengerät findet hier die einzige mögliche Erklärung. Im Ernstfall müssen die Waffensysteme Ägyptens, Israels und Persiens komplementär sein. Immerhin: Die Imponderabilien dieser Schachpartie wiegen schwer. Die gegenwärtig wieder repressiv erscheinenden 'Massnahmen' zur 'Regelung' des leidigen Palästinenserproblems – vergleiche Ägyptens pannenreiches Larnaka-Abenteuer und viel deutlicher: die israelische 'Befreiungsaktion' im Südlibanon – sind bestimmt nicht geeignet, diese Wunde, die aus zwei bis drei Millionen Menschen besteht, in Bälde ausheilen zu lassen.»

Hinweise

In der Doppelnummer 7/8 der österreichischen Gewerkschaftsmonatsschrift *«Arbeit und Wirtschaft»* (Wien) versucht Christian Piller, die Lage der französischen Gewerkschaften von 1968 und heute zu vergleichen. Damals kam es in Frankreich zu einer riesigen Streikbewegung, an der sich rund zehn Millionen Arbeitnehmer beteiligten. Ihrem Charakter nach waren es damals ursprüngliche, spontane, wilde Streiks. Ihre Forderungen waren Strukturänderungen einschliesslich Abkantung der Regierung. Piller untersucht dann das heutige Verhältnis der Gewerkschaften untereinander und zu den Parteien.

Sicher ist die Bürokratie eines der grossen Krebsübel der Demokratie. Aber gerade die Sozialisten haben ein sehr gespaltenes Verhältnis zur Bürokratie. Auf deren negative Seiten muss man nicht eingehen, da sie dem Bürger tagtäglich vor Augen treten. Andererseits muss es einem Sozialisten auch klar sein, dass ja gerade die Bürokratie die Voraussetzungen für eine rechtlich gleiche Behandlung aller Bürger ist, sie schafft auch die Bedingungen für die Bewältigung der Probleme des von ihm erstrebten sozialen Staates. Die unter anderen von Willy Brandt und Heinz O. Vetter herausgegebene Monatsschrift *«Die Neue Gesell-*

schaft» (Bonn) hat sich im Laufe dieses Jahres schon mehrfach mit dem Problem der Bürokratie beschäftigt, so auch wieder in der August-Nummer. Hier ist ein sehr scharfsinniger Beitrag von Eva Kreisky und Heinz Steinert, *«Gesellschaftsreform braucht auch Bürokratie»* besonders hervorzuheben. Diese Arbeit wird thematisch ergänzt durch die Aufsätze von Karl Schneider *«Bürger und Bürokratie»* und Jürgen Ebert *«Bürokratie im sozialen Bereich»*. Aus diesem und früher erschienenen Arbeiten zieht *«Die Neue Gesellschaft»* folgendes Fazit: Transparenz und Demokratisierung sind die auf die Dauer einzige Möglichkeit, einerseits die (notwendige) Bürokratie effizienter zu machen, andererseits aber auch die negativen Auswüchse zu verhindern oder zu beschneiden.

Recht viel Information bietet ein Beitrag über *«Gezielte Massnahmen für arbeitslose Jugendliche»* in Heft 6 der in Baden-Baden erscheinenden Monatsschrift *«Arbeit und Sozialpolitik»*. Ausgehend von der Tatsache, dass 1977 der Arbeitslosenanteil der unter 25jährigen in den EG-Staaten 37,4 Prozent ausmachte, geht der Autor des Beitrages, Dr. H. Solwosky, vorerst den Gründen dieses hohen Anteils nach, um dann im zweiten, sehr praxisbezogenen, über die Massnahmen der einzelnen EG-Staaten gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu berichten.